

# AID

## Ausgabe Nr. 30/09 vom 22.07.2009

### **Kindergesundheit versus Abwrackprämie: Schulobstprogramm wird zum Zankapfel zwischen Bund und Ländern**

(aid) - Alle reden von "dicken Kindern" und dem dazugehörigen langfristigen Gesundheitsverlust und keiner tut was. So pauschal lässt sich das natürlich nicht sagen. Es gibt in Deutschland eine ganze Menge wirksamer Initiativen, die sich gerade um die Ernährungsbildung in Schulen bemühen. Die besten Projekte sind - auch wissenschaftlich belegt - diejenigen, bei denen es ganz konkret um Lebensmittel geht, die die Schülerinnen und Schüler in die Hand nehmen können und selbst probieren. Das Ziel ist dabei immer, positiv das Ernährungsverhalten zu verbessern. Ein solches Projekt mit hohem Erfolgswert ist das Schulobstprogramm der Europäischen Union. Ein vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) gefördertes Pilotprojekt lief gerade in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz an 18 Schulen. Das Prinzip ist dabei sehr einfach: Die Schulen werden mit frischem Obst und Gemüse beliefert, das dann an die Schülerinnen und Schüler ausgeteilt wird. Begleitende Maßnahmen sind altersangepasste Unterrichtsstunden und ein Wettbewerb um die beste Geschichte rund um Obst und Gemüse. Stellen Sie sich also einmal einen Pausenhof vor, auf dem alle Kinder statt der oft beobachteten Tüte Chips auf einmal einen Apfel oder eine Banane essen. Da alle Kinder Früchte essen, ist der Einfluss der Gruppendynamik dabei wesentlich höher einzuschätzen als zum Beispiel das gute Zureden der Eltern. Das Schulobstprogramm wird von der EU gefördert und muss "nur noch" - wie bei EU-Initiativen oftmals - mit 50 Prozent kofinanziert werden. Deutschland stünden etwa 20 Millionen Euro zu, so dass noch einmal dieselbe Summe zur Verfügung gestellt werden müsste. Doch genau daran scheitert es im Moment. Während zum Beispiel für die Umweltprämie (Abwrackprämie) innerhalb weniger Wochen eine Aufstockung um 3,5 Milliarden Euro sehr schnell und unbürokratisch auf Bundesebene möglich war, entsteht nun Streit um den 175sten Teil dieser Summe zwischen Bund und Ländern. Während das BMELV das Schulobstprogramm für eine ernährungspolitische Maßnahme hält und somit in die Kulturhoheit der Länder fiele, sieht das der Bundesrat anders. Dieser hat am 10. Juli 2009 den Vermittlungsausschuss angerufen, da für den Bundesrat hier die Absatzförderung von Obst und Gemüse im Mittelpunkt steht und entsprechend den Bund bei der Finanzierung in der Pflicht sieht. BMELV-Staatssekretär Gert Lindemann sieht mit dieser Verzögerung die Durchführung des EU-Projekts gefährdet. Wenn es nun zu keiner Einigung kommt kann das Ergebnis sein, dass die 20 Millionen von der EU auf andere EU-Staaten verteilt werden oder verfallen. Nur zum Vergleich: Etwa das hundertfache der 20 Millionen Euro der Gesundheitsausgaben in Deutschland fallen pro Jahr auf die Behandlung ernährungsbedingter Krankheiten. Da lohnt es sich nicht mit konkreten Maßnahmen zu warten.

*aid, Harald Seitz*